

Am 26. und 27. Jänner 2008 wütete in der Steiermark der Sturm „Paula“, und verursachte Schäden an Infrastruktureinrichtungen in Millionenhöhe. Besonders betroffen waren die Bezirke Graz Umgebung, Bruck, Voitsberg und Weiz.

Am 28. Jänner 2008 wurde im Bezirk Weiz das Katastrophengebiet ausgerufen, da zahlreiche Infrastruktureinrichtungen und die Stromversorgung unterbrochen waren. Die Bundesstrasse B 64 durch die Weizklamm die, die Bezirkshauptstadt Weiz mit dem Passailer Kessel und dem Almenland verbindet, war auf bis 19. April 2008 für den Verkehr gesperrt. Seitens der Abteilung A18 – Verkehrsabteilung, vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung mussten 2,5 Millionen Euro zur Sicherung der

B 64 mit dynamischen Steinschlagschutzverbauten zur Verfügung gestellt werden.

Durch die rasche und kompetente Zusammenarbeit der Fachabteilungen;

18A Verkehrsinfrastruktur und Bau , 18C - Straßenerhaltungsdienst, 7B - Katastrophenschutz und Landesverteidigung, der Bezirkshauptmannschaft Weiz, dem Bundesheer, den betroffenen Gemeinden, Blaulichtorganisationen, der Bevölkerung und verschiedenen Firmen konnte die Sperre der Weizklamm und Teile des Katastrophengebietes am 20. April 2008 aufgehoben werden. Die Aufräum- und Sicherungsarbeiten, die durch die Fachabteilung 18 C - Straßenerhaltungsdienst im Bereich der Weizklamm durchgeführt wurden, betragen 5.500 Mannstunden. In den betroffenen Bezirken waren durchschnittlich 385 Soldaten des Bundesheeres für 47 Tage sowie Black Hawk Hubschrauber die etwa 800 Tonnen Lasten transportiert haben im Einsatz.

Von der Ausrufung des Katastrophengebiet, den Tätigkeiten der Mitarbeiter der

FA 18 C- Straßenerhaltungsdienst im Katastropheneinsatz und den Erfahrungen bis zur Freigabe der B 64-Weizklamm wird ein Überblick gegeben.

Mittwoch 15 Oktober 2008

12:10-12:45

Katastrophenschutz und Georisiken - Zusammenarbeit in Tirol

Ing. Stefan Thaler, MBA, Ing. Marcel Innerkofler, MBA MPA

Landeswarnzentrale Tirol, Eduard Wallnöfer Platz 3, 6020 Innsbruck

Laut Katastrophenmanagementgesetz LGBl. Nr. 33/2006 sind die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten grundsätzlich klar geregelt. Der Begriff der Katastrophe wird darin definiert, die Abgrenzung zwischen örtlicher und überörtlicher Katastrophe eindeutig aufgezeigt und die Aufgaben der Behörde beschrieben.

Allerdings sind Maßnahmen seitens der Behörde nicht nur für die Einsatzbewältigung im Katastrophenfall zu ergreifen und anzuordnen, sondern auch vorbeugend zur Einsatzvorbereitung und Risikominderung. Darunter zu verstehend sind insbesondere die Erarbeitung von Einsatz- und

Katastrophenschutzplänen, die Bestellung von behördlichen Einsatzleitungen, die Erlassung von Verordnungen sowie auch die Information der Bevölkerung vor Gefahren, etwaigen Einschränkungen und geplanten Maßnahmen.

Sicherlich ermöglichen Alarmsystemen eine rasche Information von Experten über drohende Gefahren und bauliche Schutzmaßnahmen verringern das Risiko, allerdings sind diese Maßnahmen nur wirklich sinnvoll, wenn auch die richtigen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt eingeleitet werden und dadurch das Schadensausmaß gering gehalten wird.

Dazu ist es sinnvoll und notwendig, geeignete Vorkehrungen in diesem Zusammenhang in enger Zusammenarbeit mit Beratern, Fachexperten und Sachverständigen zu treffen und Einsatz- bzw. Katastrophenschutzpläne interdisziplinär zu erarbeiten.

Diese Vorgehensweise stellt nicht nur sicher das sämtliche Anliegen und Belange aller Beteiligten aufgezeigt, sondern auch jegliche, fachliche Ansätze und Methoden berücksichtigt werden.

Vor allem in Tirol hat dieses System einen hohen Stellenwert, sich jedenfalls bewährt und in Anbetracht der Anzahl von Ereignissen und dem doch eher geringen Schadensausmaß bereits Erfolge erzielt.

Mittwoch 15 Oktober 2008	14:15-14:50
---------------------------------	--------------------

Laserscanning Tirol

Maria Attwenger

Tiroler Landesregierung, Abt. Geoinformation, Tirol

In Tirol wird im Zeitraum 2006 bis 2010 eine landesweite Laserscanner-Befliegung durchgeführt. Es handelt sich dabei um ein EU co-finanziertes Projekt, das vom Amt der Tiroler Landesregierung gemeinsam mit den Partnern TIWAG, Wildbach- und Lawinenverbauung und dem Lebensministerium durchgeführt wird. Ziel ist die Erfassung hochauflösender Geländemodelle, welche in den Bereichen Geologie, Straßenbau, Hydrologie, Lawinensimulation u.a. Anwendung finden sollen. Als Standardprodukte werden digitale Geländemodelle (DGM), digitale Oberflächenmodelle (DOM), Schummerungen und Höhenlinien abgegeben.

Mittwoch 15 Oktober 2008	14:50-15:25
---------------------------------	--------------------

Raindrops Keep Fallin' on my Head -Die Zukunft von Wetterkabeln aus den Augen der Versicherungsbranche

Elisabeth Meze-Hausken

Gjensidige Versicherung, Oslo/Norwegen

fällt aus